www.dielinke-fraktion-lsa.de
SACHSEN-ANHALT KONZEPT 2011
DIE LINKE.

Öffentliche Sicherheit bei Wahrung der Grundrechte landesweit garantieren

Die Gewährleistung der Öffentlichen Sicherheit ist Bestandteil der Öffentlichen Daseinsvorsorge. Von der Erfüllung dieser Aufgabe hängt auch für die Menschen in Sachsen-Anhalt maßgeblich die Lebensqualität ab. Dabei ist kaum ein Feld der Politik in der öffentlichen Debatte so umstritten und Gegenstand der politischen Auseinandersetzung. Angeknüpft wird oft an ein subjektives Sicherheitsgefühl der Menschen, auf das die Politik nicht selten mit Populismus und Aktionismus reagiert, wodurch die Situation oft dramatisiert, aber nie wirklich verbessert wird.
Für DIE LINKE steht die Frage im Vordergrund, wie man Öffentliche Sicherheit weitgehend gewährleisten kann – denn eine vollständige Gewährleistung ist unmöglich –, ohne dabei die individuellen Grund- und Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger unzulässig einzuschränken.
Die Gewährleistung der Öffentlichen Sicherheit wird vor allem durch die gesellschaftliche Prävention in allen Lebensbereichen beeinflusst. Trotzdem konzentrieren wir uns mit diesem Konzept auf den Bereich der Öffentlichen Sicherheit im engeren Sinne. Grundsatz für DIE LINKE bleibt aber, dass Prävention allemal wirkungsvoller ist, als eine verstärkte Repression.

DIE LINKE steht für Öffentliche Sicherheit bei Wahrung der Grund- und Freiheitsrechte, und dies sind entscheidende Handlungsfelder:

- **Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung des Landes auf den Prüfstand stellen** – nicht die Verschärfung des Polizeirechts, sondern die **strikte Wahrung der Grund- und Freiheitsrechte** steht auf der Agenda, eine sich ausbreitende Videoüberwachung oder die Rasterfahndung bedeuten keine Stärkung der Sicherheit, der unantastbare **Kernbereich privater Lebensgestaltung** im Rahmen aller verdeckten Datenerhebungen der Sicherheitsbehörden ist uneingeschränkt zu gewährleisten, **kommunale Kriminalitätsprävention** durch enges Zusammenwirken von Kommunen und Polizei ist auszubauen;

- **Erfolgreiche Polizeiarbeit lebt von der Akzeptanz der Gesellschaft - für eine bürgernahe, transparente und rechtsstaatliche Polizei** – es geht um angemessene **Präsenz der Polizei in der Fläche**, um ihre bedarfsgerechte **Personalausstattung** sowie eine gute fachliche **Aus- und Weiterbildung**; **Kennzeichnungspflicht** für Polizistinnen und Polizisten sowie eine unabhängige **Beschwerdestelle** Polizei stärken Transparenz und Vertrauen;

- **Datenschutz statt Datensammelwut** – es geht zuallererst um **Datensparsamkeit und Datenvermeidung**, Bürgerinnen und Bürger sind über **Verwendung und Zweck** von Daten zu informieren und müssen das Recht der Ablehnung von Datenerhebungen haben, **Arbeitnehmerdatenschutz** ist im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft gleichermaßen zu gewährleisten;

- **Evaluierung des Versammlungsgesetzes** – keine **Aushöhlung** des Versammlungsrechts, **politisch motivierte Einschränkungen** lösen keine Probleme; gelebte Demokratie erfordert die **Mobilisierung** der Gesellschaft und das Engagement der Menschen in Form von **Zivilcourage**;

- **Kontinuierlich gegen Rechts - Zivilgesellschaft stärken** - gegen Rechtsextremismus wirken vor allem **Mitbestimmung und Demokratie**, Hinschauen, präsent sein sowie der Ausbau von Bürgerrechten; **repressive Maßnahmen** gegen Gewalttaten und Aktivitäten der rechtsextremen Szene sind unabdingbar, jedoch keinesfalls Fall ausreichend; Aufnahme einer **antifaschistischen Klausel in die Landesverfassung** als deutliches Zeichen gegen Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus;

- **Akzente für eine demokratische, alternative Justiz** – Sicherung ihrer **personellen und sächlichen Ausstattung**, die es ermöglicht, Verfahren in der gebotenen Zeit und Qualität abzuschließen; Ausgestaltung der **Selbstverwaltung der Justiz** voranbringen; Prüfung der Wirksamkeit von **Entkriminalisierungs- und Strafverminderungs- bzw. Strafersetzungskonzepten**, Entkriminalisierung der **Bagatellkriminalität** und Einführung eines materiellrechtlichen Geringfügigkeitsprinzips, Bagatelldelikte sollen als Ordnungswidrigkeiten, nicht als Straftaten geahndet werden;

- **Zukunftsfähige Gestaltung des Brandschutzes** – Sicherung der **wohnortnahen Organisation** des Brandschutzes, Stabilisierung der Strukturen der **Freiwilligen Feuerwehr** unter Berücksichtigung der Gemeindegebietsreform; Erhöhung der **Attraktivität des Ehrenamtes** für den Brand- und Katastrophenschutz, Durchsetzung einer **rentenrechtlichen Anerkennung** der Zugehörigkeitszeit bei der Freiwilligen Feuerwehr.

Damit wird deutlich - die Fraktion DIE LINKE verfolgt eine Politik der Öffentlichen Sicherheit,

- die weit über die bisherige traditionelle Politik der Inneren Sicherheit hinausgeht und einen **ganzheitlichen Ansatz** der Herangehensweise zugrunde legt,
- die gesellschaftliche und polizeiliche **Prävention vor Repression** stellt sowie eine weitreichende **Beschränkung staatlicher Grundrechtseingriffe** einfordert, um Demokratie zu stärken und Bürgerrechte zu schützen,
- die als Kernbezugspunkt die **ihre Grundrechte wahrnehmenden und verteidigenden Bürgerinnen und Bürger** als Quelle der Öffentlichen Sicherheit sieht.

Magdeburg, im Januar 2011